

Antrag

des Landes Schleswig-Holstein

**Entschließung des Bundesrates zur Frage der Anstaltslast und
Gewährträgerhaftung bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten sowie
zur Einbringung von Wohnungsbauvermgen in Landesbanken**

- Antrag des Landes Schleswig-Holstein -

Punkt 48 der 741. Sitzung des Bundesrates am 9. Juli 1999

Der Bundesrat möge anstelle der Ziffer 4 in BR-Drs. 409/99 die Ziffer 4 wie folgt fassen:

“4. Der Bundesrat nimmt mit Bedauern die Entscheidung der EU-Kommission vom 8.7.99 zur Einbringung von Wohnungsbauvermgen in die Westdeutsche Landesbank zur Kenntnis. Er widerspricht der von der Kommission vertretenen Auffassung, daß es sich hierbei um einen Fall unerlaubter staatlicher Beihilfen gehandelt habe.

Der Bundesrat ersucht die Bundesregierung, zur Wahrung der gemeinsamen Interessen eine rechtliche Überprüfung der letztlich für den Fortbestand der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute so wesentlichen Entscheidung gemeinsam mit den betroffenen Ländern vor dem Europäischen Gerichtshof anzustrengen. “

Begründung (nur für das Plenum):

Die Kommission hat am 8.7.99 in der Sache entschieden, daher ist die Ziffer 4 zu ändern.

Ausgeliefert am 08. JULI 1999